

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Selbstanzeigen nach Steuerhinterziehungen

Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt und wird gemäß § 370 Abgabenordnung (AO) mit einer Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder Geldstrafe geahndet. Immer wieder kommt es vor, dass Bremer versuchen ihrer Steuerpflicht dadurch zu entgehen, dass sie ihr Vermögen im Ausland anlegen.

Einer Anzeige kann entgehen, wer sich gemäß § 371 AO selbst anzeigt, bevor die Finanzbehörde die Tat entdeckt. Vermehrt treten solche Selbstanzeigen dann auf, wenn die Finanzbehörden sogenannte Steuer-CDs erwerben.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Selbstanzeigen nicht angezeigter schweizerischer Kapitalerträge hat es im Zusammenhang mit dem Erwerb der sog. Steuer-CDs im Zeitraum von 2010 bis 2012 (differenziert nach den genannten Jahren) im Land Bremen gegeben?
2. Welcher Steuermehrertrag hat sich aufgrund dieser Selbstanzeigen in den jeweiligen Jahren ergeben, und zwar differenziert nach den Erträgen je Selbstanzeige (bis 1.000 Euro, zwischen 1.000 und 10.000 Euro, und über 10.000 Euro)?
3. In wie vielen dieser Fälle ist der Steuermehrertrag - wiederum differenziert nach den vorgenannten Kategorien - auf der Grundlage der ursprünglich selbst angezeigten Beträge bestandskräftig festgestellt worden?
4. Soweit dies nicht der Fall ist: In welchem Umfang wurde der Steuermehrertrag jeweils - wiederum differenziert nach den vorgenannten Kategorien - gegenüber den auf der ursprünglichen Anzeige beruhenden Beträgen geringer (oder höher) festgesetzt (in Prozent der Fälle und der Beträge), und in welchem Umfang sind diese Festsetzungen bereits bestandskräftig?
5. Welche Personalkosten sind durchschnittlich (bislang) - wiederum differenziert nach den vorgenannten Kategorien - pro Selbstanzeige angefallen?
6. Mit welchem steuerlichen Mehrertrag kann das Land Bremen im Falle eines Inkrafttretens des Deutsch-Schweizerischen Doppelbesteuerungsabkommens rechnen?

7. Welche Personalkosten würden für dessen Umsetzung anfallen?

Gabriela Piontkowski, Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU